



**Geschäftsführung  
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 18.11.2013

**Auszug**

**aus dem Entwurf der Niederschrift der 42. Sitzung des  
Stadtentwicklungsausschusses vom 14.11.2013**

**öffentlich**

**5.3 Städtebaulicher Wettbewerb zur Erstellung einer Konzeption für  
Wohnbauflächen in Köln-Porz-Zündorf ("Zündorf-Süd")  
hier: Beschluss über die Durchführung des städtebaulichen Wettbe-  
werbs und Bedarfsfeststellung  
3306/2013**

Vorsitzender Klipper stimmt der Beschlussvorlage zu. Er erwarte aber, dass alle bisher gefassten Beschlüsse zu dieser Thematik im weiteren Verfahren entsprechend berücksichtigt würden.

RM Moritz tut sich schwer mit dem Projekt, welches den bisherigen stadtentwicklungspolitischen Zielen wie Innenentwicklung vor Außenentwicklung, deutliche Stärkung der Ortsränder, Abstände zwischen den einzelnen Siedlungsbereichen, etc. entgegen stehe. Sie müsse aber der Aussage der Verwaltung vertrauen, dass die starke Nachfrage nach Wohnraum nicht alleine durch eine Innenentwicklung gedeckt werden könne. Aufgrund der Größe des Plangebietes im Vergleich zum Altbestand bedürfe es einer großen Integrationswilligkeit der Bevölkerung sowie einer behutsamen Planung. Da klar sei, dass die Verlängerung der Stadtbahnlinie erst bei einer bestimmten Anwohnerzahl umgesetzt werde, das Plangebiet aber voraussichtlich in mehreren, kleineren Abschnitten bebaut werde, regt sie an, für die Zwischenzeit eine sogenannte „Bus-Schnelllinie“ über die Trasse zu installieren. Das geplante Verfahren begrüße sie ausdrücklich, beispielsweise, dass die Bezirksvertretung bereits bei der Formulierung des Auslobungstextes einbezogen werde.

RM Tempel zieht in Zweifel, ob die Vergrößerung des Plangebietes auf nunmehr 100 ha mit vermutlich 4000 Wohneinheiten für den Stadtteil noch verträglich sei. Hierzu erwarte er eine fundierte Aussage der Verwaltung. Ferner erwarte er, dass die Bau-

maßnahmen zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 frühzeitig und mit Nachdruck betrieben würden.

RM Sterck lobt die Verwaltung für ihren Mut eine solche Vorlage einzubringen. Die Politik habe sich in der Vergangenheit oftmals selbst blockiert, indem sie immer höhere Bedingungen an Bauvorhaben aufgestellt habe. Nunmehr müsse es aber vornehmlich darum gehen, ausreichend Wohnraum für den erwarteten Bevölkerungszuwachs zu generieren. Bezüglich der Verlängerung der Stadtbahntrasse stimme er den Ausführungen von Frau Moritz zu. Der Nachweis von Wohnraum sei ebenfalls erforderlich, um den Bau einer Umgehungsstraße zu begründen. Und ebenso wie Frau Moritz begrüße er das geplante Verfahren, möchte aber wissen, was unter „Einbeziehung der örtlichen Politik“ konkret zu verstehen sei.

SE Götz weist darauf hin, dass seitens des Landes bei den derzeitigen Planungen zur Verbreiterung der Autobahn eine Anbindung der Umgehungsstraße nicht mehr vorgesehen sei. Dies liege auch daran, weil die Umgehungsstraße nicht mehr im Landesstraßenbedarfsplan enthalten sei, sondern nur noch ein Teilabschnitt von der Autobahn bis zur Frankfurter Straße. Er bittet daher die Verwaltung mit dem Land in Verhandlung zu treten mit dem Ziel, alle Optionen offen zu halten. Anderenfalls seien erhebliche Probleme bei der Realisierung zu erwarten.

Beigeordneter Höing antwortet auf die Frage des Herrn Sterck, dass damit das übliche Verfahren gemeint sei. Zum Projekt selbst – Herr Tempel habe eben einige Zahlen und Hochrechnungen genannt-, so sei er ebenso der Auffassung, dass hier mit aller Behutsamkeit vorgegangen werden müsse. Das vorgeschlagene Verfahren solle unter anderen auch dazu dienen, das rechte Maß zu finden, die Kante zwischen Bebauung und Landschaft auszuformulieren und die Frage der Dichte zu beurteilen. Denn es sei in der Tat so, dass es sich um eine große Stadterweiterung für einen relativ kleinen Ort handle und deshalb sei es geboten, mit aller Sensibilität vorzugehen. Auch in Bezug auf die einzufordernde Qualität und die konkrete Aufgabenstellung möge man sich mit aller Ernsthaftigkeit der Debatte vor Ort stellen.

Vorsitzender Klipper hat diesbezüglich auch den Anspruch an die Verwaltung, in der Bürgerinformation von Beginn an belastbare und auch im Nachhinein verifizierbare Zahlen zu präsentieren. Anschließend stellt er den Verweisungsbeschluss ohne Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

### **Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Porz.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**